



Kulturbrücke Palästina Thüringen e.V. · Bonhoeffer Straße 55 · 99427 Weimar

Mitglieder des Thüringer Landtages

Weimar, den 19.03.2018

Sehr geehrtes Mitglied des Thüringer Landtages,

wir haben erfahren, dass im Thüringer Landtag derzeit ein Antrag zur Bekämpfung von Antisemitismus diskutiert wird (Drucksache 6/5415). Wir begrüßen die ehrenwerte Intention dieses Antrages zu einer Zeit, in der Antisemitismus, neben anderen Formen von zunehmendem Rassismus und Hass, in unserer Gesellschaft immer noch vorhanden ist. Beim Lesen des Antrages mussten wir jedoch feststellen, dass der Inhalt des Antrags deutlich von dessen Titel abweicht und darüber hinaus einen schwerwiegenden Eingriff in unsere freie Zivilgesellschaft darstellt. Hiermit möchten wir Sie auffordern, den Antrag „Antisemitismus in Thüringen konsequent bekämpfen“ zu korrigieren, dessen ehrenwertes Ziel, nämlich die Bekämpfung von Antisemitismus, durch eine Förderung antimuslimischer Ressentiments sowie eine Vermischung vollkommen verschiedener Begrifflichkeiten konterkariert wird.

1. Der Antrag gefährdet den sozialen Frieden in Thüringen

Uns beunruhigt es besonders, dass “muslimischer Antisemitismus” als einer der Motivationsgründe dieses Antrags angeführt wird. Auch wenn der Antrag behauptet, sich nicht ausschließlich auf diesen fokussieren zu wollen, so tut er doch genau das. Der Antrag suggeriert somit jüdischen Mitbürgern*innen, dass von ihren muslimischen Nachbarn eine besondere Gefahr und Hass für sie ausgehen. Weiterhin stellt er Muslime*innen aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit unter besonderen Generalverdacht, obwohl die überwiegende Mehrheit antisemitischer Straftaten von rechtsradikalen nichtmuslimischen Deutschen verübt werden. Somit führt der Antrag zur Stigmatisierung einer religiösen Minderheit, während er gleichzeitig willkürlich weitere Ängste bei einer anderen schürt. Er würde somit das Zusammenleben zwischen jüdischen und türkisch-, kurdisch- sowie arabisch-stämmigen Bürgern*innen Thüringens deutlich erschweren und ein unbeschwertes jüdisches sowie muslimisches Leben stark beeinträchtigen. Wir glauben nicht, dass Sie oder die Antragsteller das ernsthaft beabsichtigen.

2. Israel ist kein rein jüdischer Staat

In diesem Antrag wird Israel als “Staat der Jüdinnen und Juden” bezeichnet. Dies ist in zweierlei Hinsicht eine sehr gefährliche Definition:

i) sie widerspricht grundlegend dem Völkerrecht, dass besagt, dass ein Staat ein Staat für ALLE Mitbürger*innen sein muss. Etwa 25% der israelischen Staatsbürger*innen sind nicht jüdisch! Etwa 50% aller Menschen, die unter israelischem Recht (Zivil- und Militärrecht) stehen sind nicht jüdisch! Eine solche Aussage, dass Israel der Staat der Jüdinnen und Juden ist, bestätigt nur rechte israelische Parteien, welche zurzeit in der Knesset einen Gesetzesentwurf diskutieren, der die Diskriminierung nichtjüdischer Menschen in Israel zur offiziellen Politik machen soll.

ii) diese Definition suggeriert hier lebenden jüdischen Mitbürgern*innen, dass sie nicht zu Deutschland, sondern zu Israel gehören.

3. Der Antrag setzt unterschiedliche Begrifflichkeiten gleich

In der derzeitigen Formulierung des Antrags werden verschiedene Definitionen, Begriffe sowie undefinierte Begriffe miteinander gleichgesetzt. So werden Antisemitismus und Antizionismus in einen Topf geworfen. Durch die unklaren Formulierungen des Antrags droht berechnete Kritik an israelischer Politik als "doppelter Standard", also Messen mit zweierlei Maß, heruntergespielt und sofort als antisemitisch gebrandmarkt zu werden. Es wird in dem Antrag auch nicht ersichtlich, was die Kriterien für sekundären Antisemitismus sein sollen. Gefährlich ist die Gleichsetzung von Jüdinnen und Juden mit dem Staat Israel – und das nicht nur über den Umweg der vermeintlich gleichen Flagge. Diese von Israel und deren bedingungslosen Unterstützern bewusst betriebene Verwischung des Unterschieds zwischen Judentum und Israel schadet den Jüdinnen und Juden in Deutschland. Diese sind in erster Linie deutsche Staatsbürger und die deutsche Politik muss alles tun, um den gefährlichen Eindruck zu vermeiden, dass diese für die Politik Israels verantwortlich seien. Die unberechtigte und unüberlegte Gleichsetzung von Judentum mit Israel kann hingegen Antisemitismus fördern, den wir doch gemeinsam bekämpfen wollen. Darüber hinaus hat uns die nicht allzu ferne Vergangenheit gelehrt, wohin solche unüberlegten Verallgemeinerungen und daraus resultierenden Verbote führen: zu McCarthyismus.

4. Der Antrag schränkt die Grundrechte unserer freien Zivilgesellschaft ein

Durch den Antrag in seiner derzeitigen Formulierung und Positionierung gegen die Boykottbewegung BDS würden die Quäker (genauer The American Friends Service Committee) – eine Organisation die 1947 den Friedensnobelpreis für ihren außergewöhnlichen Einsatz zur Unterstützung und Rettung jüdischer Menschen vor dem Holocaust erhielt – in Thüringen defacto verbannt und als Antisemiten verleumdet werden. Unzählige weitere Menschenrechtsorganisationen sowie prominente Gelehrte würden zu Unrecht als Antisemiten gebrandmarkt und ihre Recht auf freie Meinungsäußerung eingeschränkt werden, darunter:

Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V., Jewish Voice for Peace (USA), der berühmte jüdische Linguist und Intellektuelle Noam Chomsky, der Schauspieler und Gewerkschaftler Rolf Becker, der jüdische Psychologe und Sohn eines Auschwitzüberlebenden Prof. Rolf Verleger, der südafrikanische Erzbischof, Anti-Apartheidskämpfer und Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu, die berühmte schwarzamerikanische Menschenrechtsaktivistin Angela Davis, die jüdische Wissenschaftlerin und Adorno-Preisträgerin Judith Butler, der kürzlich verstorbene Physiker Prof. Stephen Hawking, die jüdische Musikerin und Auschwitzüberlebende Esther Bejarano... und noch viele mehr.

Dutzende Palästinensische Zivilorganisationen und Bewegungen, die die Gesamtheit aller Palästinenser*innen vertreten, haben zu BDS aufgerufen. Mehr als 300 europäische Menschenrechts- und Hilfsorganisationen, Kirchenverbände, Gewerkschaften und politische Parteien unterstützen offiziell BDS. Auch der indische Gewerkschaftsverband der Landwirte mit 16 Millionen Mitgliedern unterstützt BDS sowie weitere Gewerkschaften Südostasiens, aus Kanada und Lateinamerika sowie Südafrika. Frederica Mogherini, Hohe Vertreterin der EU, hat im Namen der Europäischen Kommission das Recht auf BDS ausdrücklich bestätigt. Amnesty International fordert offiziell ebenfalls eine Kampagne, bei der

Unternehmen, die von der völkerrechtswidrigen Besetzung der palästinensischen Gebiete profitieren, boykottiert werden sollen. Die UN erarbeitet derzeit eine schwarze Liste mit genau solchen Unternehmen, die wegen ihrer Verwicklungen in die Besetzung boykottiert werden sollen.

All jene, die namentlich BDS oder andere Formen des Boykotts von Staaten als friedliches Mittel zur Einhaltung von Menschenrechten und internationalem Recht unterstützen, würden durch diesen Antrag als Antisemiten verunglimpft werden.

Wir selbst haben unterschiedliche Meinungen zu BDS und wir bitten Sie mit diesem Schreiben bestimmt nicht um die Unterstützung der Boykottkampagne. Wir stimmen jedoch darin überein, dass es sich beim Boykott von Staaten um ein legitimes und friedliches politisches Mittel handelt, um diese zur Einhaltung von internationalem Recht zu bewegen. Ein Verbot von BDS und der damit verbundenen offenen Diskussionen wäre somit ein schwerer und gefährlicher Einschnitt in die demokratischen Grundrechte einer freien und engagierten Zivilgesellschaft. Die BDS-Bewegung bezieht sich auf die erfolgreiche Boykott-Bewegung gegen das südafrikanische Apartheidsregime. Sie richtet sich weder gegen Juden und Jüdinnen noch gegen Israelis, sondern einen Staat, der Völkerrecht bricht. Sie hat nichts mit Antisemitismus zu tun. Ihr Ziel sind ein Ende der völkerrechtswidrigen Besetzung der palästinensischen Gebiete durch Israel, eine vollständige Gleichbehandlung aller Bürger*innen Israels sowie das Recht auf Rückkehr für die palästinensischen Flüchtlinge gemäß UN Resolution 149. Eine Boykottbewegung, die die Gleichbehandlung aller Menschen unabhängig von Herkunft und Religion anstrebt, als antisemitisch zu diffamieren, ist haarsträubend und verharmlost Antisemitismus an sich.

In einer Zeit, in der deutsche Politiker davon schwadronieren, man solle stolz sein auf die Leistungen deutscher Soldaten im II. Weltkrieg oder Holocaust-Denkmäler entfernen, oder ukrainische und lettische Politiker*innen offiziell Nazikollaborateure ehren oder polnische Politiker*innen die Mitschuld am Holocaust leugnen ist es wichtig und dringend, den Kampf gegen Antisemitismus weiterzuführen. Der dazu im Thüringer Landtag eingebrachte Antrag hat damit jedoch nicht viel gemein. Er führt zu einer Spaltung der Gesellschaft, schränkt legitime und notwendige Debatten und politische Aktivitäten dramatisch ein, stigmatisiert eine religiöse Minderheit, die muslimische, als gefährlich und hasserfüllt und suggeriert einer anderen, der jüdischen, dass sie nicht zu diesem Land gehöre. Er vermischt unterschiedliche Begriffe, wodurch sich die wahren Antisemiten unter zigtausenden von jüdischen Gelehrten und Menschenrechtsaktivisten*innen und unter Millionen von nichtjüdischen engagierten Aktivisten*innen und Gewerkschaftsmitgliedern verstecken können. Die Gesamtheit der Palästinenser*innen und ihr Recht auf Selbstbestimmung und Menschenrechte wird mit diesem Antrag als antisemitisch verunglimpft.

Mit diesem Schreiben bitten wir Sie eindringlich, diesem Antrag nicht zuzustimmen und ihn stattdessen einer gründlicheren Diskussion und Korrektur zu unterziehen. Wir bieten hierfür gerne unsere Zusammenarbeit gemeinsam mit unseren jüdischen Mitbürger*innen an. Lassen Sie uns gemeinsam die vorhandenen Bedenken, Sorgen und Erfahrungen austauschen und voneinander lernen. Nur so kann ein friedliches Miteinander garantiert und Stigmatisierung und Ausgrenzung verhindert werden. Zusammenarbeit ist besser, als gegenseitiges Ausspielen.

Mit freundlichen Grüßen,

Vorsitzender Jamal Al Musalmi
Kulturbrücke Palästina Thüringen e.V.

In Solidarität unterschreibt die Jewish Antifa Berlin (Jüdische Antifaschistische Aktion - Berlin)
jewish.antifa.berlin@gmail.com